

Tarifverhandlungen im Nahverkehr Sachsen – Anhalt finden Abschluss Fazit: Im „Osten“ nichts Neues – Enttäuschung und Frust in den Belegschaften

Über ein Jahr dauerten die Verhandlungen zum Tarifvertrag Nahverkehr (TV – N) in Sachsen – Anhalt. Mit dem Abschluss der ergänzenden Änderungsverträge wissen seit Januar 2009 nun endlich die KollegInnen der sechs betroffenen Verkehrsunternehmen in Magdeburg, Dessau, Halle, Merseburg, Weißenfels und dem Burgenland, welche Ergebnisse konkret erzielt wurden. Die Verhandlungen zur Entgeltordnung sowie zum Tarifvertrag der Auszubildenden sind noch nicht beendet.

TV – N LSA trat im Juli 2008 in Kraft - trotz vieler offener Fragen und unzureichender Information der KollegInnen

Der neue Manteltarifvertrag TV – N LSA ersetzt ab sofort die alten tariflichen Regelungen des BMT–G–O. Mit Spannung wurden daher die Tarifverhandlungen durch die KollegInnen verfolgt, wussten sie doch um die drohenden Gefahren anhand der Lehren aus den Tarifabschlüssen in anderen Bundesländern. **Das Netzwerk begleitete die Tarifverhandlungen aktiv und informierte die KollegInnen während der Verhandlungen mit vier Informationsblättern.**

Obwohl viele Details noch ungeklärt waren und in den Belegschaften noch keine vollständigen Informationen vorlagen, wurde der TV – N LSA im Juli 2008 in Kraft gesetzt. Die Tarifkommission verursachte damit viel Unruhe in den Belegschaften. Gleichzeitig entstand dadurch in den weiteren Verhandlungsrunden immer neuer Klärungsbedarf bereits abgeschlossen geglaubter Themengebieten.

Das Inkrafttreten des TV – N LSA zum damaligen Zeitpunkt sehen wir als Fehler an. Bei den KollegInnen entstand ein erheblicher Vertrauensverlust in die Arbeit der Tarifkommission, der durch die Geheimniskrämerei von Verdi noch verstärkt wurde!

Verdi verursacht weitere Entsolidarisierung und Spaltung in den Belegschaften

Wie bereits in anderen Bundesländern wurde nun auch im Nahverkehr Sachsen – Anhalt ein **Absenkungstarifvertrag** eingeführt. Ohne aktive Einbeziehung der breiten Masse der Verdi

Mitglieder wurden viele **tarifliche Standards kampflos aufgegeben**. Ebenso wurde auf eine perspektivische **Angleichung der Löhne an das Westniveau verzichtet**.

Die Einführung tieferer Lohnstufen, die Kürzung von Lohnbestandteilen und die Streichung von sozialen Leistungen (Zusatzurlaub Nachtarbeit, Sicherung Lohnbesitzstand bei Krankheit, Sozialzuschlag Kind, ...) zeigen, dass die Tarifkommission keinesfalls die Interessen der Belegschaften vertreten hat. **Zukunftsweisend wurde den Neubeschäftigten in den Verkehrsunternehmen ein Weg in den Billiglohnsektor geebnet!**

Derzeit bekommen die „Altbeschäftigten“ eine Gnadenfrist, denn mit dem **Überleitungstarifvertrag** erhalten sie u.a. weiterhin ihren alten Lohnbesitzstand, ihren Urlaubsanspruch und soziale Zusatzleistungen. **Mit diesem Sicherungspaket haben Arbeitgeber und Gewerkschaftsbürokraten einen massiven Widerstand gegen diesen Tarifvertrag in den Belegschaften verhindert.** Die KollegInnen werden bald erkennen, dass damit ihr eigener „Abstieg“ besiegelt wurde, denn zukünftig werden KollegInnen mit unterschiedlicher Bezahlung den gleichen Job tun. Das gewerkschaftliche Grundprinzip – **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** – wurde verraten! Wie lange die Gnadenfrist für „Altbeschäftigte“ dauert, ist ungewiss. Der Lohnbesitzstand wird schon jetzt bei einer Höhergruppierung abgeschmolzen.

Neben der **Spaltung** der Belegschaften in **Alt- und Neubeschäftigte** erfolgt nun auch eine Vertiefung der Widersprüche zwischen den **Bereichen mit Schichtarbeit und normaler Arbeitszeit**. Die Kürzungen der Zuschläge für Wochenendarbeit sowie die Minderung der Nachtarbeitszeit verursachen nicht unerhebliche finanzielle Einschnitte bei den KollegInnen in den bisher gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen. Verdi hat damit einer gewerkschaftlichen Kernforderung nach deutlichem Ausgleich für ungesunde Arbeitszeiten widersprochen! Logischerweise suchen nun die betroffenen KollegInnen nach einer besseren Vertretung ihrer besonderen Interessen. Die Gefahr der Spaltung in **verschiedene Gewerkschaftslager** hat die Tarifkommission durch den Tarifabschluss provoziert!

Die Tarifkommission ignoriert Beschlüsse!

In den verschiedenen offiziellen Verlautbarungen von Verdi wird der Tarifabschluss als notwendiges Entgegenkommen an die Arbeitgeber, als vernünftiger Kompromiss entsprechend der aktuellen Machtverhältnisse oder als Erfolg bewertet.

Bei genauer Betrachtung stellen wir fest, dass die gewerkschaftlichen Ziele in den Tarifverhandlungen keineswegs erreicht wurden!

In Mitgliederversammlungen hatten die KollegInnen im Vorfeld der Verhandlungen für einen kostenneutralen Abschluss gestimmt. Voraussetzung war, dass u.a. die Tochterunternehmen tariflich mit eingebunden werden.

Die mittlerweile abgeschlossenen **Haustarifverträge der Tochterunternehmen** in Halle oder dem Burgenland liegen in ihren Ergebnissen noch **unter den neuen, tieferen Standards des TV – N LSA**. Wer diese Abschlüsse dennoch als einen Erfolg feiert, verkennt die Möglichkeiten, die die KollegInnen bei einem gemeinsamen, aktiven Kampf hätten erreichen können.

Weiterhin kann das Tarifergebnis nicht als kostenneutral bezeichnet werden. Die Kürzungen bei den Zuschlägen für Wochenendarbeit und die Minderung der Nachtarbeitszeit dienen als Kompensation für die volle Übernahme der vorgeschriebenen Qualifizierungskosten (inkl. Arbeitszeit) für Kraftfahrer. Ungeachtet dessen hat Verdi mit dem **Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen innerhalb der Laufzeit des Entgelttarifvertrages** (bis einschließlich 2010) die KollegInnen der Nahverkehrsunternehmen von den Lohnentwicklungen des Öffentlichen Dienstes losgelöst. Selbst die bisher tarifvertraglich vereinbarten **jährliche Lohnsteigerung um 1,5% wurde ersatzlos gestrichen!**

In den Mitgliederversammlungen der einzelnen Belegschaften muss nun das Verhalten der Mitglieder der Tarifkommission hinterfragt und ausgewertet werden. Ein Inkrafttreten des Tarifvertrages setzte die Zustimmung auch der ehrenamtlichen Mitglieder der Tarifkommission voraus. Das diese mehrheitlich die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen ignorierten, ist nicht akzeptabel. Ohne Vertrauen in die Arbeit ehrenamtlicher Funktionäre hat unsere Gewerkschaft keine Chance in den kommenden Auseinandersetzungen zu bestehen.

Ein sofortiger Rücktritt der gesamten Tarifkommission und eine anschließende Neuwahl durch die Mitgliedschaft wäre ein notwendiger und konsequenter Schritt in die richtige Richtung!

Die Tarifverhandlungen in Sachsen – Anhalt haben deutlich gemacht, dass das **Demokratieverständnis innerhalb unserer Gewerkschaft sehr schwach ausgeprägt** ist. Trotz eingehender Beschlüsse wurde nun ein Tarifpaket verabschiedet, das keinesfalls den Interessen der Mitglieder entspricht.

Lichtblicke während der Verhandlungen!

Die anfängliche **Geheimniskrämerei** der Tarifkommission **löste sich am Ende der Verhandlungen** auf Grund des wachsenden und stärker werdenden Interesses der Mitgliedschaft. Zukünftig müssen Verhandlungen transparent und offen stattfinden. Informationen sind umfassend und rechtzeitig in den Belegschaften bekannt zu machen und zu diskutieren.

Erfreulicherweise wurden **etliche Standards der Anlage 1 (Fahrdienst) des BMT-G-O erhalten** und sind nun als neue Anlage zum TV – N LSA vereinbart. Vor allem die Beibehaltung der Regelung zur Gewährung der Ausgleichstage für Wochenfeiertage kann als Erfolg bezeichnet werden. Das „Freisetzen“ von bezahlter Arbeitszeit ermöglicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze, auch wenn diese geringer entlohnt werden.

Positiv ist auch das wachsende Interesse und die zunehmende aktive Beteiligung vieler KollegInnen im Laufe der Verhandlungen zu bewerten. Die jahrelangen Vertreteransprüche der Gewerkschaftsfunktionäre hatten zu wachsendem Desinteresse in der Mitgliedschaft geführt. Inaktive Basisgruppen, mangelnder Wille zur aktiven Teilnahme in der Freizeit und Gleichgültigkeit müssen der Vergangenheit angehören! Eine Gewerkschaft ist nur so stark wie die Bereitschaft ihrer Mitglieder, sich aktiv einzubringen.

Lehren aus den Tarifverhandlungen

Bereits in einem Jahr können neue Tarifverhandlungen anstehen. Bis dahin müssen in den Belegschaften die zurückliegenden Verhandlungsrunden ausgewertet sein. Wir empfehlen:

In den Basisgruppen muss mehr Demokratie Einzug halten. Funktionsträger müssen durch die Mitglieder gewählt und nicht durch Funktionäre ernannt werden. Sie müssen Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen und abwählbar sein.

Gewerkschaftsmitgliedern muss eine Teilnahme an Veranstaltungen und Versammlungen ermöglicht werden und das auch bei „optimierten“ Dienstplänen. Der Informationsfluss innerhalb der Basisgruppe muss verbessert werden.

Zusammenarbeit mit dem im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Bildung einer gemeinsamen Tarifkommission. Spaltungen verhindern.